

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1298.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Alttadt

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6800.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2800.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonnabendnummer 400.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareilzeile 500.— M., auswärts 600.— M., die 3-spaltige Nonpareilzeile 2000.— M., auswärts 2600.— M., Ausland 8000 u. 9000 M. Bei mehrmaliger Aufzählung Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken 200 M.

Nr. 130

Dresden, Donnerstag den 7. Juni 1923

34. Jahrg.

## „So gut wie nichts!“

Der Landesvorstand Sachsen der S. P. D. veröffentlicht einen Aufruf, der sich mit den Vorgängen in Dresden, Bautzen und Leipzig beschäftigt. Nachdem ausgeführt worden ist, daß Hungerkrawalle und Verzweiflungsaktionen zwar ein Zeichen für die Unhaltbarkeit der ökonomischen und politischen Lage der Arbeiterklasse sind, wird gesagt, daß die Regierung Zeigner von der gesamten Bourgeoisie und einem Teil der rechten Führer der Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpft werde. Sie solle gestürzt werden, um auch in Sachsen die Bahn für eine Koalitionsregierung freizumachen. Dann wird die Frage aufgeworfen, was die Regierung Zeigner getan habe, um den Angriff der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse abzuwehren und die Frage mit den Worten beantwortet: Nichts oder soviel wie nichts. Es wird dann gesagt, die Regierung dürfe nicht länger die Bügel schieben lassen, und verlangt, die Regierung müsse sofort mit allen staatlichen Machtmitteln einen Druck auf das Unternehmertum ausüben, um es zu Lohnherabsetzungen zu zwingen, die der Geldwertverlust entsprechen. Die Regierung müsse die Löhne und Gehälter der Arbeiter der unteren und mittleren Beamtenschaft des Staates entsprechend der Leuerung erhöhen, den Arbeitslosen müsse sie sofort eine Leuerungszulage beschaffen, die Arbeitsbeschaffung organisieren und die Unternehmern zwingen, mit Arbeitsentlassungen aus Profitrückblicken aufzuhören. Der Kampf gegen die Bucherer müsste durch die Kontrollausschüsse mit staatlicher Unterstützung aufgenommen werden, provokatorische Polizeioffiziere und Beamte seien sofort zu entlassen. Wenn die Regierung nicht rasch eingreife, so werde der konterrevolutionäre Anschlag der Bourgeoisie gelingen, es werde den klandestinen Demagogen gelingen, immer mehr hungrige und verzweifelte Arbeiter zu Hungerrevolten zu provozieren. Wenn die Regierung und die S. P. D. und die Gewerkschaften ihr proletarische Pflicht täten, würden die Kommunisten sie unterstützen, wenn die Regierung und Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aber das nicht täten, so müssten die Kommunisten sie bekämpfen.

Auch wir halten es für selbstverständlich, daß die Regierung, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften alles, was in ihrer Macht steht, tun, um die Not des Volkes zu lindern. Aber wenn den Kommunisten daran liegt, die Regierung Zeigner zu erhalten, so dürfen sie nicht das alle Spiel beginnen und Forderungen stellen, von denen sie genau wissen, daß die sächsische Regierung sie nicht erfüllen kann, wie sie das in ihrem Aufruf wieder tun. Es ist wohlfeil kein Kunststück, schon klingende, aber unerfüllbare Forderungen in die Welt hinauszuschreien. Man kann es freilich dann sehr leicht so darstellen, als ob es nur an dem bösen Willen der andern liegt, wenn den Kollektoren nicht Hilfe zuteil wird. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß der sächsische Regierung keine staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen, um die Unternehmern zu Lohnherabsetzungen zu zwingen. So weit das sächsische Arbeitsministerium als Schiedsinstanz bei gewerblichen Streitigkeiten tätig ist, wird es sicherlich eine für die Arbeiterklasse günstige Gestaltung der Tarife herbeiführen. Die Kommunisten wissen ferner genau, daß die Gehälter und Löhne der Beamten und Staatsarbeiter einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, daß ebenso die Sätze der Arbeitslosenunterstützung vom Reich festgelegt werden und Sachsen befürchten muß, daß ihm die Beiträge des Reichs für die Arbeitslosenunterstützungen entzogen werden, wenn es Sonderleistungen gewährt.

Darüber, daß die sächsische Regierung keine Maßnahmen treffen wird, durch die sie mit den Reichsgefehen in Konflikt kommt, ist den Kommunisten bei der Regierungsbildung kein Zweifel gelassen worden. Die Kommunisten wissen schließlich auch, daß die sächsische Regierung alles tut, was sie kann, um für Erwerbslose Arbeit zu schaffen und daß gerade in letzter Zeit eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Buchers in Sachsen durchgeführt wurden.

Wenn schließlich gefordert wird, daß provokatorische Polizeioffiziere und Beamte entlassen werden, so muß doch angegeben werden, wo überhaupt sächsische Polizeioffiziere und Beamte sich provokatorisch benommen haben. Soweit wir bisher unterrichtet sind, ist die sächsische Polizei bei den Unruhen der letzten Zeit sehr vorsichtig vorgegangen, aber die Kommunisten weisen ja selbst darauf hin, daß bei den Unruhen allerhand dumme, rechtsradikale Elemente am Werke sind. Verlangen sie von der Polizei, daß sie Leute, die offenbar von rechts aufgeputzt sind, plündern und andre Gewalttaten begehen läßt, ohne daß sie dagegen vorgeht? Mit was für Leuten wir es bei den Unruhen vielfach zu tun haben, zeigen die Vorgänge in Leipzig, wo Angehörige des proletarischen Selbstschutzes mißhandelt wurden. Wenn die Kommunisten den ersten Willen haben, der ständig erstarkenden Reaktion in Deutschland zu begegnen, so müssen sie uns helfen, die Regierung Zeigner mit allen Kräften zu stützen. Sie dürfen aber nicht aus Agitationsbedürfnis Forderungen stellen, die die Regierung auch beim besten Willen nicht erfüllen kann. Damit befragen sie nur die Geldsäcke der bürgerlichen Reaktion.

## Zusammenstoß in Leipzig

4 Tote — 56 Verwundete

Leipzig, 6. Juni. Für heute nachmittag hatte das Gewerkschaftskartell Leipzig gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei eine Massenkundgebung auf dem Augustusplatz gegen Hungerkrawalle, Industrieangest und Wirtschaftspolitik einberufen. Bereits um 4 Uhr hatten sich am Eingang der Grimmaischen Straße zum Augustusplatz und umliegenden Straßen angehäuft, die dort stationierte Polizeibeamte verprügelten und verletzten, sie zu entwaffnen. Dabei erlitt ein Anzahl Beamter Verletzungen. Es wurden Verstärkungen hinzugeschickt. Jedoch wurden die Beamten schließlich von der Menge bis in die Ritterstraße zurückgedrängt. In dieser Zeit langten die Demonstrationszüge in völliger Ordnung auf dem Augustusplatz an. Die Demonstration selbst verlief ebenfalls in Ruhe, jedoch verzögerte sich ihr Beginn etwas. Diese Gelegenheit wurde von wilden Rednern benutzt, um die Massen aufzuheizen. Die Menge in der Grimmaischen Straße nahm eine immer bedrohlichere Gestalt an und verlangte, daß die Polizei abziehen sollte. Weil die Gefahr bestand, daß die Polizeibeamten abgefeuert und die Mägen gefährdet würden, wurde nach Hinzuschiebung weiterer Verstärkungen die Menge zurückgedrängt und der Augustusplatz geräumt. Aus der Mitte der Demonstranten fielen hierbei Schüsse. Darauf wurde auch von der Polizei geschossen, zunächst blind und darauf scharf. Nach den bisherigen amtlichen Feststellungen sind bei den gefürchteten Leipziger Unruhen zu verzeichnen: 11 Personen 3 Tote, 11 Schwerverletzte, 21 Leichtverletzte, von der Landespolizei 1 Toter, 6 Leichtverletzte, von der Blauen Polizei 8 Leichtverletzte. Der gewerkschaftliche Ordnungsdienst vermochte sich nicht zu halten und zog sich zurück. Eine Anzahl von Ordnern wurde von der Menge mißhandelt. Die Stimmung im Stadtdinner ist nach wie vor sehr erregt. Im weiteren Verlauf der Polizeiaktion wurde auch eine verfehlte Abteilung eingesetzt. Das Vorgehen der Polizei ist von den Leitern der Gewerkschaftsdemonstration dem Polizeipräsidium gegenüber als in jeder Beziehung korrekt bezeichnet worden.

Über die Vorgänge in Leipzig geht und folgender

### amtliche Bericht

zu: Nachdem der Ermittlung des 6. Juni 1923 ohne besondere Ereignisse blieb, wurde gegen Mittag bekannt, daß auf dem Zentralarbeitsnachweis aufgefordert wurde, sich am Mittag auf dem Reichsgerichtspalast zu sammeln, um dem Brühl einen Besuch abzustatten. Die Polizei griff ein und verhinderte den Zugang nach dem Brühl. Der Zug bewegte sich nun durch verschiedene Teile der Stadt außerhalb des Promenadenringes und zog unter Dröhnen am Volkshaus vorbei. Die Polizei behielt den Zug ständig im Auge, so daß Kundstreichungen nicht vorkamen. Am Augustusplatz herrschte seit wann am Eingang der Grimmaischen Straße stehen. Als derselbe den Verkehr nicht mehr bewältigen konnte, wurde er auf sechs Mann verstärkt. Gegen 4 Uhr wurden diese Polizeibeamten von unkontrollierbarem Publikum und teils recht zweifelhaften Leuten, die sich dauernd verstärkten, schwer bedrängt. Ein Polizeiaufgebot von 40 Mann wurde eingesetzt, um die Ansammlung zu zerstreuen. Mittlerweile füllte sich der Augustusplatz nach mehr mit Publikum, so daß die Polizei sich auf die Absperrung der Grimmaischen Straße beschränkte. Eine Anzahl Leute bildete dann eine Kette und bemächtigte sich die Absperrung selbst zu halten, was auch anfangs gelang. Die Polizei wurde nach und nach zurückgenommen bis in den Eingang der Ritterstraße. Die Menge drängte zum Augustusplatz schrittweise nach, so daß dieselbe ebenfalls nach längerer Zeit den Eingang der Ritterstraße erreichte. Den andauernden Forderungen, die Polizei nach weiter zurückzunehmen, konnte nicht stattgegeben werden, vielmehr wurde mit Bestimmtheit erklärt, daß die Polizei diese Stellung unter allen Umständen halten werde. Nunmehr erschienen von der S. P. D. eine größere Anzahl Ordnern, denen es etwa 1/2 Stunden lang gelang, die Menge zu halten. Die Ordnern wurden von der Menge beschimpft, bedrängt und teilweise tätlich angegriffen. In Anbetracht dieser Lage wurde von diesen der Menge mißbehend je einmal erklärt, daß, wenn die Bedrohungen nicht aufhörten, sie sich zurückziehen müßten und der Polizei freie Hand lassen würden. Mehrere Redner, darunter auch Führer der S. P. D., versuchten vergeblich, die Menge zum Zurückgehen nach dem

Augustusplatz zu bewegen. Ihnen wurde allgemein entgegengerufen: Wir sind nicht S. P. D. und auch nicht S. P. D.-Leute, wir machen unsere eigene Aktion. Unter starkem Druck wurde versucht, die Ordnern in der Mitte zu sprengen. Die Ordnern konnten die Sache nicht mehr halten und erklärten nochmals, daß sie weggehen würden, um der Polizei freie Hand zu geben. Alle Warnungen wurden mit Tönen und Schreien erwidert und in den Wind geschlagen. Nunmehr traten die Ordnern zur Seite und die Polizei, auf die die Menge einströmte, griff mit dem Gummiknüppel ein und räumte die Straße bis zum Augustusplatz. Während der vorher geschiedenen Vorgänge fiel vom Augustusplatz her bereits ein Schuß, auch wurden die Polizeibeamten und auch Redner mit Steinen, Säcken und andern Gegenständen beworfen. Die Polizei reagierte auf alles dies zunächst noch nicht.

Nach dem Vorüberdauern wurde am Augustusplatz zunächst durch eine Polizeifront abgeperrt. Darauf übernahmen wiederum Ordnern die Absperrung und die Polizei zog sich bis in die Ritterstraße zurück. Die Ordnern konnten die Mägen nicht mehr drängen Menge nicht halten, so daß dieselbe bald darauf erneut an der Ritterstraße stand. Hier erklärten nunmehr die Ordnern endgültig, daß sie ihre Tätigkeit einstellen und alles weitere der Polizei überlassen. Die Polizei brühte erneut vor und räumte die Straße bis zum Augustusplatz. Sie wurde nun dort mit einem Hagel von Steinen überschüttet, so daß sie sich etwa 20 Meter zurückzog, um zu sammeln. In dieser Zeit wurde auch das große Schaufenster von Bamberger u. Herz eingeworfen und teilweise gespländert. Von der Menge wurden Steine in großen Massen von dem in der Pfisterung begriffenen Fußwege am Postgebäude herbeigeschleudert und die Polizei mit solchen und mit Glasstücken der zertrümmerten Scheibe beworfen. In diesem Zeitpunkt fielen abermals etliche Schüsse aus der Menge. Die Polizei griff nunmehr im Sturm Schritt, und zwar wiederum mit Gummiknüppel an, wurde aber mit einem solchen Hagel von Steinen, Glasstücken und andern Gegenständen überschüttet, daß die Beamten in spontaner Notwehr ihre Pistolen zogen und feuerten. Die Menge räumte nunmehr fluchtartig den Platz, worauf das Schießen endgültig eingestellt wurde. Die nunmehr eingesezte berittene Abteilung säuberte den Augustusplatz nach vollständig und zog sich dann auf die Mitte des Platzes zurück. Der ganze Vorgang spielte sich ab, nachdem die Demonstration der S. P. D. und des Gewerkschaftskartells den Augustusplatz verlassen hatte. In Anbetracht der Lage ist z. B. der Zug des Reichsgerichts schon vor seinem Eintreffen auf dem Augustusplatz wieder nach Lindenau zurückgeführt worden.

Die Gesamtlage blieb auf längere Zeit eine ruhige. Das Publikum, das meist aus Neugierigen bestand, hielt sich an der Peripherie des Platzes und drängte auch ohne polizeiliche Absperrungen nicht weiter vor. Gegen 5 1/2 Uhr zeigte sich abermals eine größere Anzahl recht zweifelhafter Elemente, die nach dem Raffenhause festsitz zu vordringen. Die Polizei räumte ohne große Schwierigkeiten und ohne Waffenanwendung nochmals den Platz. Darauf trat nach und nach Ruhe ein, so daß gegen 11 Uhr der normale Verkehr hergestellt war.

Unter den verschiedenen Angriffswaffen, mit denen gegen die Polizei vorgegangen wurde, sind außer Holz- und Gummiknüppeln besonders hervorzuheben: ein scharfschneidendes Messer, eine Zigarre, zwei festgebundene Messer, ein Eisenwinkel mit Nadeln und zwei Eisenstäbe (Freiübungsstäbe für Turner). Ein Polizeibeamter in Zivil bemerkte im Eingange des Postgebäudes einen Mann, der eine Pistole in der Hand hatte. Es wurde versucht, denselben festzunehmen und ihm die Pistole zu entreißen, was leider nicht gelungen ist. Besonders sei noch erwähnt, daß von den vielen Augenzeugen, die die Entwicklung bis zum Verbrauch der Schusswaffe mit erlebten, die Sache als unabwehrbar bestätigt werden ist.

Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich zur Zeit noch nicht genau feststellen. Soweit hier bekannt ist, sollen 5 bis 6 Tote und 22 Verwundete vorhanden sein. Die Polizei hat 15 Verwundete, darunter einige schwer. Ein Polizeibeamter wurde durch den Rücken in die Lunge gestochen und ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Das Polizeipräsidium erläßt für morgen eine Bekanntmachung, wonach auf Grund des § 123 Abs. 2 der Reichsverfassung alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden.

## Kämpfer gegen die rote Gefahr

Der Münchener Hochverratsprozess

München, 5. Juni. (Eig. Drahtber.)

Das Kreuzverhör, dem der Angeklagte Fuchs am weiten Verhandlungstage unterzogen wurde, drehte sich vor allem um die Feststellung, ob Fuchs nach dem Willen Richters für eine sofortige bayerische Aktion eingetreten sei. Der Termin dieser Aktion war für Donnerstag den 22. oberster Freitag den 23. Februar in Aussicht genommen. Als theoretische Vorbereitungen dafür galt die Unterredung zwischen Richter, Fuchs, Wachhaus, Meier, Freidmann und Kautler in der Wohnung des Wachhaus am 20. Februar abends. Hier wurde durch die drei letztgenannten Personen einwandfrei festgestellt, daß es sich für Richter und Fuchs darum handelte, daß Frankreich gerade im jetzigen Augenblick die bayerische Aktion dringend benötige, damit Unruhen in Mittel- und Norddeutschland entstehen. Das Kabinett Cuno gestürzt werde und so der nationale deutsche Widerstand gebrochen würde. Dazu genüge schon die Heine Aktion in Südböhmen oder auch nur in München. Aber sie müsse sofort erfolgen, später sei sie nutzlos, denn inzwischen seien die Verträge zwischen den großen Industriefirmen Deutschlands und Frankreich unterzeichnet, wodurch die Regierung Cuno sowieso erledigt werde.

Der Angeklagte Fuchs leugnet in jeder Weise sein Einverständnis mit Richter und mit diesem Plan, bezweckt sich aber dabei in zahlreiche Widersprüche. Aus dem Verhör des Fuchs sind noch seine Angaben über sein Verhältnis zu den Münchener Neuesten Nachrichten von einigem Interesse. Danach hat er im Frühjahr 1920 für den ihm befreundeten Direktor Eich, damals Vorstandsmittglied der Deutschnationalen Partei in München, die Verhandlungen zum Anlauf der Münchener Neuesten Nachrichten geführt und auch zum Abschluß gebracht. Seine Beziehungen zu den Münchener Neuesten Nachrichten waren ja aller Natur, da Fuchs von 1904 bis 1907 Feuilletonredakteur und stellvertretender Chefredakteur war. Nach dem Verkauf der Münchener Neuesten Nachrichten (sein Papp-Buch 1920) war Fuchs weiterhin im Auftrage von Eich damit beschäftigt, in dem „nationalen“ Konzern der Münchener Neuesten Nachrichten weitere bayerische Blätter einzubringen. In diesem Sinne war er bis zum 4. März 1922 im Auftrage des Verbandes tätig. Er erhielt ein händiges Monatsgehalt von 3000 M. Diese Mitteilungen sind heute den Münchener Neuesten Nachrichten natürlich sehr unangenehm, und in verschiedenen Reaktionsäußerungen versuchen sie, diesen ihren ehemaligen Freund und Mitarbeiter als „Reaktionswanne“ abzutun.

Seite 8  
it!  
Reall  
in  
inn  
r. 29.  
anhabend  
geöffnet  
20  
A. 1  
28 333  
H.  
15/47  
ger  
schäft  
straße 2  
ell-  
platz,  
Engros-  
14108  
n gros  
fer  
ktion  
le  
SS 14